

Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ der amtlichen Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Erscheinung
wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich frei ins Haus und bei allen Postanstalten 1 Mk. 50 Hg.

Druck und Verlag von
P. Hunold's Stadtbuchdruckerel, Sohrau O.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Anzeigen-Preis:
für die einspaltige Beilage oder deren Raum 20 Pf.
Inseraten-Annahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem Erscheinungstage.

Nr. 19.

Veruspr. Nr. 49

Mittwoch, den 5. März 1919.

Veruspr. Nr. 49

41. Jahrg.

Die Friedenslage.

Was Deutschland zur See gelten soll.

Die „Times“ melden aus Paris, daß die maritimen Bedingungen für den vorläufigen Frieden für Deutschland gänzlich Entwaflnung bestimmen. Desterreich, die Türkei und Bulgarien müssen ihre Flotten an die Alliierten ausliefern. Die Verteidigungswerke und die Häfen von Helgoland müssen auf Deutschlands eigene Kosten vernichtet werden. Das Schicksal der Insel soll durch die Friedenskonferenz bestimmt werden. Alle Verteidigungswerke, die den Zugang zur Ostsee beherrschen, müssen geschleift werden. Der Kanal von Kiel müsse geöffnet sein für Kriegs- und Kaufschiffahrt aller Nationen.

Vollständige Entwaflnung.

Wie aus Genf gemeldet wird, sind sich die Alliierten darüber einig, Deutschland wirtschaftlich weiter bestehen zu lassen und Lebensmittel zu liefern, wenn es den neuen Waffenstillstand unterzeichnet, der seine vollständige Entwaflnung vorsieht.

Aus Zürich wird gemeldet: Londoner Blättern zufolge hat Wilson in Aussicht gestellt, daß der endgültige Friedensvertrag im Juni dem Kongress unterbreitet werden würde. Der neue Waffenstillstandsvertrag soll die Auslieferung von weiteren 8 Großkampfschiffen, 8 Kreuzern, 42 Zerstörern und 50 U-Booten fordern.

120 Milliarden Kriegsschuldabgung.

„New York World“ erfährt aus Paris, daß die Kommission zur Festlegung der Kriegsschuldabgung jetzt ihre Arbeiten beendet hat und eine vorläufige Schätzung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung abgab.

Die Sachverständigen, die zu dieser Kommission herangezogen wurden, sind zu dem Ergebnis gekommen, daß 100—140 Milliarden Mark gezahlt werden können. Wahrscheinlich wird die endgültige Ziffer etwa 120 Milliarden Mark betragen. Der Korrespondent des Blattes fügt seine Angaben auf zuverlässige Mitteilungen. Der jetzt aufgestellte Gesamtbetrag wird von Deutschland und seinen Verbündeten gezahlt werden müssen, und zwar ein Teil sofort in bar oder in Schuldscheinen. Der Rest soll auf einige Jahre hinaus verteilt werden, während der die Zentralmächte den noch ausstehenden Betrag verzinsen sollen. Die Zinsen sollen so bemessen werden, daß die Zentralmächte Gelegenheit haben, gleichzeitig die Amortisation vorzunehmen.

Die Amerikaner für baldigen Frieden.

Aus Washington wird gemeldet: Eine von der Presse unterstützte Bewegung zugunsten einer sofortigen Unterzeichnung des Friedens läßt die Volkstimmung in Amerika zum Ausdruck kommen. Die Bewegung ist entstanden infolge der Rede des am 1. März im Journalen aus Paris, die in freier Kritik Haltung das einzige Mittel darstellt für einen friedlichen Frieden und die Befreiung der amerikanischen Bevölkerung von dem Kriegsgewalt der französischen Regierung gefordert und zur Unterzeichnung des Wilsonschen Programms. Amerika will auf keinen Fall von dem ursprünglichen Ziel des Friedens abweichen, der diplomatisch nicht teilweise den Kaiserlichen Gesetzen zu erliegen. Diese Bewegung in Amerika richtet sich auch gegen Wilson, weil er Amerika verantwortlich machen will für die Widrigkeiten der Intervention, besonders für die Fortsetzung des Militarismus, wie ihn die Entente wünscht. Hierdurch würde Amerika häufig zu enormen Aufwänden gezwungen sein. Aus diesen Erwägungen blickt in Amerika die Meinung, das Band zwischen dem Völkerbund fern bleiben, weil die Entente mit dem Völkerbund dieselbe Nachpolitik treiben werde, wie einstmals der preussische Militarismus. Wirklich ist auch die Meinung verbreitet, daß die Entente Amerika eine Erklärung abgeben müsse, daß sie sich aufrechtig an Wilsons Programm bekennen und ohne Vorbehalt annehmen, bevor Wilson nach Europa zurückkehrt. Dieselbe Bewegung fordert in der amerikanischen Presse die Aufhebung der Blockade oder eine Abgabe Amerikas, sie

nach länger zu handhaben. Aus allen Staaten Amerikas trifft in Washington Proteste ein, wegen der langwierigen Nachsicherung der amerikanischen Truppen.

Ein Warnruf der Reichsregierung.

Bei m a r, 1. März. Das gesamte Reichsministerium gibt bekannt:

Während Nationalversammlung und Reichsregierung in voller Erkenntnis und Würdigung der ihr vom freien deutschen Volk übertragenen großen Aufgabe an dem demokratischen Fundament der Republik arbeiten, droht die wirtschaftliche und politische Anarchie das Reich zu zerschüren. Terroristische Elemente wollen die aus dem freiesten Wahlrecht hervorgegangene Nationalversammlung beseitigen. Jedes Mittel dazu ist ihnen recht. Sie streben danach, Weimar vom übrigen Deutschland abzusperrten und dadurch Reichsregierung und Nationalversammlung gleichermaßen machtlos zu machen. Demgegenüber erklären wir: Nichts darf den Abschluß der Verfassung aufhalten, die Arbeit der Nationalversammlung an der Ueberwindung politischer und wirtschaftlicher Nöte darf nicht gehindert werden. Sie soll uns den Frieden bringen. Diese Lebensnotwendigkeiten werden wir mit aller Entschlossenheit sicherstellen. Eine Verleumdung gefährlicher Art ist es, wenn die gewalttätigen Führer des Aufstands behaupten, Nationalversammlung und Reichsregierung hätten sich den Aufgaben der Stunde entzogen, den Vorgängen im Reich kein Gehör geschenkt oder wollten gar die Arbeiterchaft um die Früchte der Revolution bringen. Wir stehen und fallen mit den Grundsätzen der Demokratie, hier gibt es für uns kein Pattieren. Die politische Macht gehört allein der frei gewählten Vertretung des Volkes und der von ihrem Vertrauen getragenen Regierung. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes nach innen muß so gut wie das nach außen gegen jede Gewalt geschützt werden. Noch größer als die politische Gefahr ist die wirtschaftliche Notlage unseres Landes. Wir können uns nicht aus eigenem Vorrat bis zur neuen Ernte ernähren. Die Blockade zehrt am Marke unseres Volkes. Tagtäglich gehen Tausende an Unterernährung zu Grunde. Die Kohlenförderung sinkt in erschreckendem Maße. Zahllose Fabrikbetriebe stehen still. Die ungeheure Arme der Arbeitslosen ist angewachsen. Täglich werden neue Bahnhöfe stillgelegt. Der spärlische Rest brauchbarer Lokomotiven bewältigt auch nicht mehr den notwendigen Teil an Verkehr und Transport. Da lautet das erste Gebot:

„An die Arbeit!“ Nur sie kann uns retten. Jeder Streik führt uns einen Schritt näher an den Abgrund. Wie in allen Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter erklären wir auch heute: Gleich wichtig wie die politische ist uns die wirtschaftliche Demokratie! Nur sie kann all die Kräfte wecken und am Werke halten, die unseren völligen Untergang abzuwenden vermögen. Wir sind dabei, ein Gezeuch der wirtschaftlichen Demokratie zu schaffen, ein einheitliches sozialistisches Arbeiterrecht auf freierwilliger Grundlage. Wir werden die Organe der wirtschaftlichen Demokratie ausbauen:

die Betriebsräte,

wie wir sie schon in den Verhandlungen mit dem Ruhegebiet und in Halle vorschlugen, die aus dem freiesten Wahlen hervorgegangene berufene Vertreter aller Arbeiter sein müssen. Wir werden das Ziel der wirtschaftlichen Demokratie erreichen: eine konstitutionelle Fabrik auf demokratischer Grundlage, all das in Verbindung mit der

Sozialisierung

der Wirtschaftszweige, die sich, wie vor allem die Bergwerke und die Erzeugung von Energie

zur Uebernahme in öffentliche oder gemischt-wirtschaftliche Bewirtschaftung eignen oder der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden können. Im neuen Deutschland soll Arbeit sozialistische Pflicht sein. Müßiggang und genußsüchtiges Drohntum soll mit allen Mitteln unterdrückt und ausgegert werden. Vorwärts drum auf den Wegen organisch aufbauender Arbeit. Wildesozialisierungsversuche aber, terroristischer Zwang gegen die Arbeiterschaft, bewaffneter Aufrüstung und Zerschlagung des Reiches werden wir rücksichtslos bekämpfen. Uns ist jedes Menschenleben heilig, aber die Revolution gibt keinen Freibrief auf Raub, Mord und Gewalttätigkeiten aller Art. Ueber allem steht das Leben des Volkes! Wer sich an ihm vergreift, ist unser Feind. Die Strenge des Gesetzes wird ihn treffen.

Nach vier Jahren furchtbaren Krieges mit ungeheuren Zerstörungen von Kulturwerten und einem Meer von Blut wollen wir nicht, daß auch die Schrecknisse des Bürgerkrieges mit mörderischen Trudelpfänden, mit allem seinem Haß und Zerrüttung unser Vaterland zerschüren! Frieden nach innen und außen, Wiederaufbau und Wiedergenesung: das ist die Sehnsucht unseres leidenden Volkes. Eine gewaltige Mehrheit von 22 Millionen Wählern hat uns zur Reichsregierung berufen und sieht zu uns, wie wir zu Euch stehen.

Das ganze Volk schließe sich uns gegen Vergewaltigung, Zerstörung und den Zusammenbruch an! Wenn wir einig sind, ist uns die Zukunft sicher!

Unsere Ostafrikaner in Berlin.

Berlin, 3. März. General v. Lettow-Vorbeck ist am Sonntag nachmittag mit seiner Geliebten in Berlin eingetroffen. Viele Tausende säumten die Straßen vom Lehrter Bahnhof zum Pariser Platz, wo die Ostafrikaner von den Staats- und Kommunalbehörden in feierlicher Weise empfangen wurden. Kolonialminister Dr. Bell stattete dem General v. Lettow-Vorbeck und seinen Getreuen den Dank des Vaterlandes ab. Die Menge stimmte nach seinen Worten das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ an. Weitere Ansprachen hielten Kriegsminister Reinhard, Viceadmiral Rogge und Bürgermeister Dr. Reide. Dann sprach General v. Lettow Vorbeck, auf seinem blumengeschmückten Koffe sitzend, mit weit hin schallender Stimme und gab im Namen seiner Kameraden die Versicherung ab: „Sie werden sich auf uns verlassen können.“ Seine Worte klangen in dem Rufo aus: „Das deutsche Vaterland hurra!“ Unter Hochrufen auf Hindenburg und Lettow-Vorbeck ging die Menge auseinander.

Prinz Leopold von Bayern auf der Flucht.

Wien, 3. März. Der König von Bayern ist mit Begleitung in Kuffeln eingetroffen. Prinz Leopold von Bayern, der ehemalige Oberbefehlshaber im Osten, hat ebenfalls mit Familie die Flucht ergriffen und ist auf österreichischen Boden in Reutte angelangt. Wie er äußerte, ist die Flucht erfolgt, weil seine Internierung als „Volte“ bevorstand.

Späte italienische Erkenntnisse.

In Italien gibt es noch eine Reihe von Intellektuellen, die einsehen, daß Italien als Volk der letzten Jahre nicht die beste war, und im Hinblick auf kaum die erfolgreichste sein wird. So wagt in der Mailänder „Verderenza“ Professor Carl ein Wort für Deutschland in die Waagschale zu werfen und den Alliierten den ganzen Wahnsinn ihrer Politik gegen Deutschland mit klaren Worten vor Augen zu halten. Die Alliierten haben, so führt Carl aus, die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: den Versuch zu machen, ein Volk von 70 Millionen vollkommen zum Erbodeen zu vernichten oder aber, es zum Freunde zu gewinnen. Welche dieser beiden Möglichkeiten aber gewählt werden muß, hängt nicht zweifelhaft davon ab, was die Moral abgesehen, sei das Fortbestehen Deutschlands notwendig, weil dieses Land den einzigen

Vort zum Schutz Bureuropas gegen den Bolschewismus...
1. Deutschland darf nicht mehr Entschuldigungen suchen, als es selbst als gerecht anerkannt. 2. Die Blockade ist sofort aufzuheben und Deutschland als gleichberechtigt in den Völkern anzuerkennen. 3. Die Zustimmung zum Versailler Versailler Vertrag durch Deutschland muss erklärt werden und 4. Deutschland müssen seine Kolonien zurückgegeben werden.

Aber auch in anderen internationalen Dingen wird eine Stimmung der Entzweiung gegenüber eingeschlagen, die demselben, das Italien lang eingetrieben hat, das sein Schicksal in den Händen der französischen Schwärze nicht allein zu entscheiden ist, woher die "Görner" drüben...
Bei den italienischen Presseschreibern ist aber nicht zu verkennen, daß sie nicht etwa aus Deutschlandfreundlichkeit geschrieben sind, sondern aus der nächsten Erkenntnis, daß Italien ohne ein neues Deutschland bald von den Schwämmen an die Wand gedrückt sein wird. Schade, daß Italien diese Erkenntnis nicht früher kam. Das alte Deutschland hätte ihm dann noch besser den Rücken decken können. Aber immerhin — wir begreifen diese Erkenntnis, auch wenn sie übertrieben spät kommt.

Aus der Nationalversammlung.

Berlin, 3. März. In Regierungskreisen nimmt man an, daß die Plenarsitzungen in Weimar voraussichtlich schon heute zu Ende gehen werden. Am Dienstag soll die Reichsregierung nach Berlin zurückgehen. Die Plenarsitzungen dürften dann etwa in vierzehn Tagen aufgenommen werden, wo Reichsminister Schiffer seinen Notetat einbringen wird. Gleichzeitig plant Minister Schiffer, der auch jetzt mit dem Abgeordneten Deutsch-Deisterreichs die für den Abschluß ungemein wichtigen bedeutungsvollen Verhandlungen über die Friedensfrage zu führen hat, eine Novelle zum Reichsbankgesetz vorzulegen, die den Anteil des Reiches an der Reichsbank neu festlegen soll.

Das Kabinett in Weimar beschäftigte sich gestern, wie einige Blätter melden, auch mit der Frage der Präsidentschaft in Preußen, es entschied sich angeblich für die Wahl eines Präsidentsen für Preußen.

(Kritik.) Weimar, 28. Februar. Mit Rücksicht auf die Verleumdungswierigkeiten hat das preussische Staatsministerium beschlossen, den Termin für den Zusammentritt der Bundesversammlung auf unbestimmte Zeit hinauszuführen.

Friedensschluß im Juni.

Berlin, 27. Februar. Die Schweizer Blätter melden, erklärte Präsident Wilson einem Pressevertreter gegenüber, daß er am 15. März wieder in Europa einreisen und im Juni nach Amerika zurückkehren würde. Es läßt sich also voraussagen, daß der Friedenskongreß zu diesem Zeitpunkt beendet sein wird.

Lloyd George über Blockade und Frieden.

London, 27. Februar. (Kont.) Bei der Arbeiterkonferenz sagte Lloyd George, die Blockade könne nicht eher aufgehoben werden, als bis Deutschland den Friedensvertrag unterzeichnet, der den Krieg unmöglich mache. Er hoffe zwar, daß die Präliminarverträge binnen wenigen Wochen unterzeichnet wird.

Ein französisches Versprechen.

Bern, 1. März. Die französische Regierung gestattete den französischen Schiffahrtsgesellschaften die Wiederaufnahme der direkten Transporthilfe für Deutschland und Österreich ab 15. April vorbehaltlich des Abschlusses des Vorfriedens bis zu diesem Tage.

Sowjet geht der belgische Jag.

Wie der "Matin" aus Brüssel meldet, wurden die deutschen und österreichischen Franzosen in Löwen angefordert, Belgien zu verlassen.

Bayern keine Räte-Republik.

München, 28. Februar. Nach Wiederaufnahme der Sitzung des Rätekongresses wurde ein Antrag Müllers und Genossen auf sofortige Ausrufung der Räte-Republik in namentlicher Abstimmung mit 234 gegen 70 Stimmen abgelehnt. Damit ist die Ausrufung der Räte-Republik gescheitert.

Aufhebung der Blockade beim Vorfrieden.

Genf, 2. März. Kant "Journal des Débats" teilt Mitteilungen im Rommerensisch mit, daß die Aufhebung der Blockade am Tage der Unterzeichnung des Vorfriedens erfolgen werde.

Frankreichs Angst vor dem Bolschewismus.

Berlin, 28. Februar. Auf eine unbillige Anfrage der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa teilt General Rabant mit, daß die Jurisdiktion der französischen Truppen aus Mannheim auf das linke Rheinufer und die Verkehrsperre zwischen Mannheim und Ludwigshafen auf die in Mannheim ausgebrochenen Unruhen zurückzuführen seien. Als die zur Verhinderung der Ordnung herbeigerufenen drei deutschen Bataillone eintrafen, wurden die französischen Truppen zurückgenommen, um ihr Zusammenreffen mit den deutschen Truppen zu vermeiden. Sobald die Unruhen in Mannheim beigelegt seien und die deutschen Truppen nicht mehr benötigt würden, bedürfte es nur einer Benachrichtigung des französischen Abteilungscommandeurs, um den Verkehr in dem Umfange, wie zuvor, wieder aufzunehmen.

Ueber die Vorgänge, die zur Zurückziehung der französischen Truppen aus Mannheim und verschiedenen anderen Städten des rechts-rheinischen Gebiets geführt haben, erzählt der Korrespondent der "Nationalzeitung" aus zuverlässiger Quelle, daß der Bolschewismus unter den französischen Soldaten im besetzten Gebiete ungeheuer um sich gegriffen hat und sich immer weiter ausbreitet. Zunächst fing es mit Muterren einzelner Soldaten an, dann überlegten sich ganze Abteilungen den Befehlen ihrer Vorgesetzten, bis in manchen Regimentern eine völlige Anarchie einriß. Ueberall, wo französische Soldaten mit parlamentarischen Agitatoren in Verbindung kamen, war es diesen ein Leichtes, die Franzosen zur Aufsehnung zu bringen. In Strasbourg sind alle Gefängnisse gefüllt mit Muterren. Um warnende Beispiele zu errichten, ist in manchen Truppenlagern die standrechtliche Erschießung der Muterren eingerichtet worden.

Schweinefutter — für deutsche Kriegsgefangene zu kostbar.

Berlin, 1. März. In der Nummer 1203 der Pariser Zeitung "l'Œuvre" findet sich folgender Artikel: "Wer will gefangene Vögel kaufen?" mit dem Untertitel "Befehl der Verpflegungskommission des Artillerie-Sturm Regiments Nr. 500 (Lanzopost)".

Trotz der bereits gemachten Beobachtungen sahen die deutschen und österreichischen Gefangenen fort, das Spillwasser für die Schweine und die Reste auf den Tellern zu sammeln, besonders zur Essenszeit in den Küchen und auch in den Mannschaftsbaracken. Ich bitte die Formationskommandanten in strengster Weise über die Abfuhrung des Spillwassers für die Schweine zu wachen. Falls die Gefangenen in bisheriger Weise fortfahren, werde ich mich genötigt sehen, eine Anzahl der Schweine zu verkaufen, was einen großen Verlust für die Verpflegung der Kompagnien darstellen würde. Die Kommandanten wollen daher sowohl den Küchen als auch den Baracken Weisung geben, damit sich diese Vorkehrungen nicht wiederholen.

Cercottes, 8. Januar 1919.

Die Ernährung der deutschen Kriegsgefangenen im Lager Cercottes scheint danach so schlecht und ungenügend zu sein, daß die von Hunger geplagten Menschen gezwungen sind, sich die als Schweinefutter bestimmten Sachen ebenfalls zu ihrer Ernährung geben zu lassen. Den obenstehenden Artikel mit dem daran geknüpften Kommentar hat die deutsche Unterkommission für Kriegsgefangene in Spa der französischen Kommission in Form einer Note überreicht. Sie hat gebeten, feststellen zu wollen, ob der oben wiedergegebene Befehl tatsächlich erlassen wurde und zutreffendfalls ersucht, hinsichtlich der Ernährung für Abhilfe zu sorgen. Die Arbeitsfreudigkeit bei unseren Feinden.

Die Kohlennot beschränkt sich nicht allein auf Deutschland, wenn sie auch bei uns am heftigsten auftritt. Als eine notwendige Folge des Krieges tritt sie auch in allen anderen am Krieg beteiligten Ländern zutage. Nur ist die Art verschieden, wie die Arbeiterschaft auf die Kohlennot reagiert. Während in Deutschland infolge Arbeitsmangel bis jetzt in keinem der in Frage kommenden Meiere die Förderungsaffären aus der Kriegszeit wieder erweist sind, von den Förderungsaffären aus der Friedenszeit ganz zu schweigen, beschäftigt man in Japan vorübergehend für den Bergbau den 14-Stundentag einzuführen. Und die französischen Bergarbeiter sind freiwillig vom 10-Stundentag zum 12-Stundentag übergegangen.

Streik in Berlin.

Berlin, 2. März. Die allgemeine Streik-

Agitation, die seit einigen Tagen in Berlin von radikaler Seite mit Hochdruck betrieben wird, hat den Erfolg erzielt, daß gestern mittag in allen Druckereten der Streik ausbrach. Infolgedessen sind bereits die gefragten Abendblätter nicht erschienen. Wie weit sonst der Streik sich ausbreitet, läßt sich schwer übersehen. Es scheint aber, als ob am Montag die Streikbewegung einen großen Umfang annehmen würde. Die Streikagitation ist auf Unterbindung des mittelständigen Streiks, auf Umwidmung der Regierung und Verhängung der Bedienung der A. und S. Räte gerichtet.

Ein Attentat auf Viktor Emanuel.

Vor einigen Tagen war durch eine slowenische Zeitung die Nachricht von einer angeblichen Ermordung des Königs von Italien in die Welt gesetzt worden.

Die Kaiser Morgenblätter berichten: Der Münchner Vertreter der "Stampa" äußerte sich dahin, daß das Attentat auf den König von Italien von amerikanischer Seite bestritten worden sei, daß jedoch der König nicht erschossen wurde.

Kofales u. Provinzielles.

Cobran D. C., den 4. März 1919.

(Der neue Landrat.) Bürgermeister Dr. Lutschek ist zum Landrat des Kreises Rhynk ernannt bezw. bestätigt worden.

(Ernennung.) Landrat Benz aus Rhynk ist seitens der preussischen Regierung zum Regierungsrat ernannt worden.

(Von der Regierung Opyeln.) Mit der Vertretung des erkrankten Dirigenten der Kirchen- und Schulabteilung ist der Regierungsrat Pletsch beauftragt worden. Pletsch ist Katholik.

(Vom Kriegerverein Cobran.) Der Vorsitzende des Vereins, Herr Apothekenbesitzer Kettler, hat dieses Amt niedergelegt. Die Geschäftsführung ist auf den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Pastor Zenderste, übergegangen.

(Waterl. Frauen-Verein.) Zur Vorsitzenden des hiesigen Waterlischen Frauen-Vereins ist in der letzten Vorstandssitzung Frau Begelebskyer Dabel gewählt worden.

(50. Geburtstag.) Morgen Mittwoch den 5. März begeht Herr Tierarzt, Beigeordneter Haering hierseits seinen 50. Geburtstag. In diesem Tage dürfte der hochgeachtete und um das Gemeinwesen unserer Stadt äußerst verdientvolle Jubilar von vielen Seiten besonders geehrt werden. Hat derselbe es doch durch seine Biederkeit und vor allem durch die Lauterkeit seines Charakters verstanden, sich in allen Kreisen, bei allen Ständen und Konfessionen große Beliebtheit, Hochachtung und Wertschätzung zu verschaffen. Seit Anfang 1904 ist Herr Tierarzt Haering im Dienste unserer Stadt eifrig und ungenüßig tätig, zunächst als Stadtverordneter, bald darauf als Ratmann und seit dem 1. März 1906 als Beigeordneter. Als wohlwollender Vertreter des Armenzweckes liegt ihm das Los der Armen und Bedrängten unserer Stadt besonders am Herzen. Seit einer langen Reihe von Jahren steht der Jubilar an der Spitze des Männer-Gesangsvereins, ferner ist er Vorsitzender des Verbandsvereins. — Wir handeln wohl im Sinne der gesamten Bürgerchaft, wenn wir an dieser Stelle den Wunsch ausdrücken, daß der Jubilar noch eine lange Reihe von Jahren hindurch zum Wohle unserer Stadt bei bester Gesundheit weiterhin segensreich wirken möge.

(Polenputz und deutsche Abwehr.) Zu den unter dieser Ueberschrift in Nr. 17 unseres Blattes gebrachten Berichten geht uns von Herrn Reichsanwalt Dr. Roganski aus Rhynk eine Verhütung zu, deren Aufnahme wir jedoch, da sie dem Sachverhalt nicht entspricht, ablehnen müssen.

(Vorübergehender Ausfall von Personenzügen.) Wegen Gewinnung von Lokomotiven zur Abförderung der Güterzüge fallen von Montag, den 3. März bis Freitag, den 7. März auf der Strecke Glem's — Bad Isfrazemb und Cobran — Orzele folgende Personenzüge aus: Zug 881 Cobran an 2,54 nachmittags, Zug 882 Cobran an 1,48 nachmittags, Zug 878 Cobran an 5,10 nachmittags, Zug 883 Cobran an 12,10 nachts.

(Frühlingsboten.) Die Kiebitze sind angekommen, ebenso unsere ersten Frühlingsfänger, die Feldlerchen sowie die Star.

(Ein Einbruchsdiebstahl) ist am Donnerstag abend zwischen 1/8 und 1/10 Uhr in das Thaler'sche Geschäftslokale auf der Breitenstraße hierseits, als der Geschäftsinhaber und seine Frau abwesend waren, verübt worden.

Die Epibanden erbrach mittelst Dietrichs die Ladentür und entwendeten vom Ladentisch und aus dem Schaufenster Zunderwaren und Konfekte im Werte von mehreren hundert Mark. Die Epibanden sind bis jetzt noch nicht ermittelt, doch ist man ihnen auf der Spur.

(3 Schweine gestohlen) wurden vorige Woche dem Besitzer Wagner in Warschau; eines der Schweine wog über 3 Zentner. Von den Epibanden fehlt jede Spur.

(3 Gänse beschlagnahmt). Ein verdächtiger Mann, welcher drei abgeschlachtete Gänse im Sack trug, ist gestern vormittag von der Polizei angehalten und auf die Wache gebracht worden. Er konnte sich Bräutling und wollte aus Freudenort fliehen. Während die Richtigkeit der Personalien telephonisch in Freudenort festgestellt wurden, nahm der Mann die Gelegenheit wahr, aus dem Wachtlokal zu verschwinden, die 3 Gänse im Sack lassend. Wie sich herausstellte, hat der Verbrecher einen solchen Namen angegeben.

(Die gefährdeten Frühjahrserntelieferungen) Die Lage unserer Landwirtschaft ist, wie von jenseitiger Seite gemeldet wird, geradezu trübselig. An eine auch nur einigermaßen ausreichende Frühjahrserntelieferung ist nicht zu denken. Nicht allein, daß der Landwirtschaft über eine Mill. an Arbeitskräfte fehlen, um die Frühjahrsernte in verhältnismäßigem Umfange zu bewerkstelligen, es fehlt vor allem an dem künftigen Mangel des besten deutschen Getreides, das die Getreide nicht herausgibt. Es fehlt weiter auch an landwirtschaftlichen Maschinen. Laut des Waffenstillstandsvertrages sind wir verpflichtet, eine bestimmte Anzahl von Maschinen auszuliefern. Man fordert die Getreide für ihre Frühlingslieferung immer gerade die Maschinenformen, die wir selbst dringend benötigen, beispielsweise die augenblicklichen Pflüge und Eggen, zur Getreidefrucht Mähmaschinen. Noch drückt oder ist der Mangel an Dresch- und Schleifmaschinen für die Dampfpflüge und die sonstigen für die Frühjahrserntelieferung verwendeten Maschinen. Von der Mogeburger Dampfmaschinenfabrik ist mitgeteilt worden, daß sie 30000 Morgen Land ausfüllen lassen müßte, falls nicht umgehend das erforderliche Material geliefert würde. Aug. Kabis dieser Notlage in der Landwirtschaft auch was sich doch wundern aber so wenig in der Gegend, das unruhig die feststehende Ernteernte verbraucht.

(Oberösterreichs Menschenrechte.) Die Freie Vereinigung zum Schutze Oberösterreichs hat an die Nationalversammlung in Weimar folgendes Telegramm geschickt:

Die Freie Vereinigung zum Schutze Oberösterreichs begrüßt mit Würde die im Artikel 40 des neuen Verfassungsentwurfes festgesetzte Sicherung der Rechte fremdsprachiger Volksstämme. Die glückliche Zukunft Oberösterreichs beruht auf der lokalen Durchführung dieser im Artikel 40 dargestellten Grundzüge, die geeignet sind, insbesondere unseren polnisch sprechenden und katholischen Landestenten die Freude am Reich zu erholten.

ggs. Dr. Schöffel.

Artikel 40 lautet in seiner endgültigen Fassung: „Auf die fremdsprachigen Volksstämme des Reichs ist in der Gesetzgebung und Verwaltung Rücksicht ihrer Muttersprache Rücksicht zu nehmen.“

Diese geschilderte Fassung kommt einem Entzügen entgegen, das viele Kreise Oberösterreichs schon lange gefordert haben. Werden die Grundzüge, die in dem Artikel 40 ausgeprochen sind, offen und ehrlich durchgeführt, dann wirkt ein Oberösterreich eine glückverheißende Zukunft. Dann gibt es nicht mehr Verächtlichkeit und Mißgunst, nicht mehr Zweifel am Wohlwollen des Reiches, dann sieht das ganz oberösterreichische Volk zufriedener und einträchtig zusammen. Dann gibt es Erfüllung, was wir alle hoffen: Ein neues Oberösterreich im neuen Reich!

(Neue Abstimmungen?) Die vor kurzem durch den Breslauer Volksrat mitgeteilte Nachricht, daß Minister Grabberger gekündigt habe, in ungefähr 3 Monaten werde es in Oberschlesien zu einer Volksabstimmung über die Frage der Zugehörigkeit kommen, ist inzwischen von amtlicher Seite widerrufen worden. Die Polen bemühen sich nun, auch das zu ihren Gunsten auslegen. Glauben sie etwas, daß Präsident Wilsons Oberösterreich für ein „unabhängiges polnisches Land“ hält? Glauben sie, daß Präsident Wilson, der in seiner bekannten Rede gefordert hat, daß Völker nicht wie Steine in einem Eimer hin- und hergeschoben werden dürfen, ohne weiteres dem Polen ein Land zuzusprechen wird, das sie nie besitzen haben? Als für seiner Zeit die deutsche Regierung auf den Boden des Wilsonschen Programms stürzte, erhob sich gerade aus der großpolnischen Kreise heraus in Oberschlesien ein großer Geseufz nach Abstimmung. Hoffte man doch, daß die durch einen unglück-

lichen Krieg und seine Goldebrungen verärgerte Bevölkerung sich für den Anschluß an den neuen Staat, den man im rosigsten Lichte malte, entscheiden würde. Die streppelose Agitation hatte unvorhergesehenen Erfolg, bis die Gegenklärung einsetzte. Dann hat sich überall ein Stimmungsumschlag geltend gemacht. Auch in weiten polnisch sprechenden Kreisen der oberösterreichischen Bevölkerung hat man anerkannt, was auf hohle Versprechungen zu geben ist, und man will nichts mehr vom polnischen Staat wissen. Die hohe Wahlbeteiligung hat bewiesen, auf welcher Seite das oberösterreichische Volk steht.

So steht dann dem Polen der Gedanke der Abstimmung plötzlich nicht mehr erfolgversprechend, und der „Reiche Adler“ schreibt: „In Oberschlesien und Westpreußen kommt es zu keiner Abstimmung, sondern die Grenzen werden von einer gemischten Kommission festgelegt.“

Mag es zu einer Abstimmung kommen, oder mag eine gemischte Kommission entstehen. Deutschland hat den Anspruch nicht zu schieben, wenn der von Wilson veränderte Geist der Gerechtigkeit maßgebend ist. Den deutschen Unterhändlern in Triest ist es gelungen, selbst den französischen Delegierten noch davon zu überzeugen, daß die von polnischer Seite gewünschte Demarkationslinie einer streulichen Unrichtigkeit sein würde. Eine gemischte Kommission gegenüber wird der Beweis, daß Polen seine Rechte auf Oberschlesien hat, noch leichter sein!

(England gegen die polnischen Ansprüche.) Wie die „Schlesische Wirtschaftsnachrichten“ hören, tritt „Monarcher Guardian“ vom 24. Februar energisch gegen die Forderung der Polen auf, welche Ausweisung von größter Ausdehnung öffentlich proklamieren und weist darauf hin, daß damit polnische Ideen mit den 14 Punkten Wilsons in schamlosm direkten Widerspruch ständen.

(Großbritannien für Landarbeiter.) Das Reichsrechnungsbüro hat sich neuerdings bereit erklärt, im Interesse der Entlastung der Großstädte alle Arbeiter, die in der Landwirtschaft in Selbstversorgungsbetrieben Arbeit annehmen, die gleichen Verbrauchssteuern zuzubilligen, die die Landwirte als Selbstversorger bezahlen. Damit dürfte einer der Hauptnachteile in Wegfall kommen, welche die städtischen Arbeiter gegen die Uebernahme von Landarbeit geltend zu machen pflegen, und vielmehr ein erhöhter Anreiz gegeben sein, Landarbeit aufzusuchen. Gleichgültig ist von dieser Maßnahme eine Entlastung der Großstädte bezüglich der Ernährung zu erwarten.

(Die geplante Vermögensabgabe.) Die geplante Vermögensabgabe, die zwecks Finanzierung unserer Kriegsschuld sich als notwendig erwies, wird, wie die „Vos Stg.“ hören, den Charakter einer einmaligen Abgabe tragen, die sich aber möglicherweise auf mehrere Jahre verteilt. Es wird sich vermutlich nicht vermeiden lassen, daß auch ganz kleine Vermögen bei dieser Abgabe herangezogen werden. Für diese würden aber nur sehr niedrige Sätze entsprechend dem progressiven Aufbau unserer Steuersteigerung erhoben werden. Es mag hierbei auf die preussische Ergänzungsteuer verwiesen werden, die keine Vermögen bis zu 6000 Mark steuerlich erfaßt.

Der Termin für die Abgabe der Vermögenserklärungen, der auf den 31. März festgesetzt worden war, wird voraussichtlich verschoben werden und zwar bis Ende April, da die Festsetzung der Steuerkurve, insbesondere der von den Vorständen der Provinzialbanken festgestellten und der amtlich nicht vollerten Werte sich stark verzögert hat.

(Bewaffnetes Zivil gegen den Grenzschutz.) Aus Bockau wird gemeldet: Der seit laanger gestrichelte Häusler und Kaufmann Zowa in Rablin, der bei den Plünderungen hierseits am 10. November besonders hervorragend war, sollte von der Gendarmerie und dem Grenzschutz verhaftet werden. Zowa wollte flüchten und schob auf seine Verfolger, die ihn einholten. Beim Abtransport wurde aus mehreren Häusern Schaulsteuer abgehoben, welche die Soldaten einwarfen. Als die Zivilbevölkerung witterte, wurde mit Handgranaten eingegriffen. Darauf herrschte Ruhe. Zowa wurde nach Rastatt abtransportiert, nahm aber davor die Gelegenheit wahr, einen Brief zu verschicken, von dem man annimmt, daß er wichtige Aufzeichnungen über geheimen Waffenlager in Rablin enthält.

(Aufhebung der staatlichen Steuerzuschüsse.) Aus Weila wird gemeldet: Die Verhandlungen zwischen den beteiligten Ressorts im Reich und in Preußen wegen Aufhebung der Steuerzuschüsse für Brau- und Brennereien, sind, wie wir hören, soweit fortgeschritten, daß die Durchführung der Maßnahme in einigen Tagen erfolgen wird.

(Eine neue Briefmarke.) Der Reichspostminister hat ein Preisauschreiben für eine deutsche Einheitsbriefmarke erlassen. Der Ent-

wurf soll möglichst auf die Nationalversammlung Bezug nehmen. Die Entlieferung der Entwurfsentwürfe soll bis zum 10. März geschehen. Es sollen Briefmarken zu 10, 15 und 25 Pfennige entworfen werden. Der endgültigen Gestaltung einer deutschen Briefmarke soll in keiner Weise hinderlich vorgegriffen werden.

(Eine verschärfte Kontrolle in den Personenzügen) wird in den nächsten Tagen auf allen Stationen durchgeführt. Es hat sich herausgestellt, daß Reisende die Fahrt auf nicht rechtmäßig erworbenen Militärfahrkarten antreten. Es werden daher die Bahnstrecken durch Schaffner verstärkt, überwachte Revolver der Jäger auf größeren Bahnhöfen unter Mitwirkung der örtlichen militärischen Stellen vorgenommen und für die Personenzüge selbst die Anzahl der Schaffner verstärkt. Personen, die sich des Betruges des Eisenbahnbetriebs schuldig machen, werden streng bestraft.

(Selbstmord.) Der Bürgermeister der Stadt Myslowitz, Dr. Henzer, ist freiwillig aus dem Leben geschieden. Derselbe war am Freitag in der Angelegenheit Wragalla (siehe Myslowitz) nach Breslau gefahren und hat sich in einem dortigen Hotel am Sonntag erhängt. Bürgermeister Dr. Josef Henzer war 45 Jahre alt, verheiratet und Vater von drei Kindern. Er hat sich um die Entwicklung der Stadt Myslowitz große Verdienste erworben.

(Die Brandkatastrophe in Zuckers.) Die Gesamtzahl der Opfer der Katastrophe bei dem Mühlenbrand in Zuckers beträgt 31. Sämtliche Leichen sind nunmehr geborgen, und wenn auch die Aufklärungsarbeiten noch nicht ganz beendet sind, glaubt man, daß die Zahl der Toten nicht noch größer sein wird, da die Vermissten alle geborgen sind. Die Beerdigung der Opfer der Brandkatastrophe fand Sonntag auf den Friedhöfen in Ostrog, Hohenbirken und Pogrzebia statt.

(Neue Kardinal.) Der „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zufolge würden im nächsten öffentlichen Kongress in Rom der Fürstbischof von Breslau und der Erzbischof von Prag als Kardinal ernannt, sowie der Erzbischof von Warschau zum Kardinal ernannt.

(Auf den oberösterreichischen Erben wird überall gearbeitet.) Die von jenseitiger Seite gemeldet wird, wird auf allen Erben Oberösterreichs voll gearbeitet.

(Eine Kindesmörderin zum Tode verurteilt.) Das Schwurgericht in Regensburg verurteilte die ledige Adige Walburga Tempel aus Gaterling, die ihren sechs Jahre alten Sohn, der ihrer Verheiratung hindernd entgegenstand, ertränkt hatte, zum Tode.

(Er mordung eines Millionärs.) Die Genser Polizei entdeckte in einem Koffer die Leiche des Dresdener Millionärs Paul Gerstetter, der im Hotel „Deutsches Hotel“ ermordet hat. Er wurde am 6. Februar von einem gewissen Marcel Hermann mittels eines Revolvers getötet. Es fehlt ein Betrag von 30000 Fr. Die Polizei ist dem Raubmörder auf der Spur.

(Von Wilderern erschossen.) In Aufhebung seines Berufes ist der gräfliche Revierförster Paul Gerlach der Herrschaft Willowitz von Wilderern erschossen worden.

(Warnung vor einem plumpen Schwindel.) Aus Groß Stein wird der „Groß-Streife“ berichtet: Ein abends lachender sich bei einem flehigen Bauern zwei uniformierte Männer ein und teilten mit, daß sämtliches Papiergeld nur mit dem Stempel der neuen Regierung Geltung habe. Sie ließen sich die im Hause befindlichen Scheine, zusammen 2400 Mark, vorlegen und nahmen sie an sich, um das Weitere zu veranlassen. Die Verprocure Rücksendung ist natürlich nicht erfolgt, und der Bauer ist sein Geld los.

(Rast die Ofen reparieren.) Aus Mangel an Arbeitskräften und Baustoffen und auch wegen der steigenden Forderung auf wirtschaftlichen Gebieten sind die Ausbesserungen der Feuerungsanlagen in Wohnhäusern entweder mangelfast oder gar nicht ausgeführt worden. Zahlreiche Ofen sind baufällig. Daraus ergibt sich ein Verbrauch großer Brennstoffmengen, mit denen aber äußerst sparsam umgegangen werden soll. Außerdem entsteht vielfach erhebliche Feuergefahr. Besonders aber gibt die durch den Brand erzeugte Wärme zum großen Teil wirkungslos durch die Schornsteine ab. Ordnungsmäßiger Zustand der Heiz- und Kochöfen ist mehr wie je nötig. Die Hausigentümer sollten daher verpflichtet werden, sämtliche Feuerstätten auf ihren Grundstücken sorgfältig nachsehen und nötigenfalls ausbessern zu lassen. Dadurch wird nicht nur an Brennstoffen gespart, sondern auch vermieden, daß die Feuerungsanlagen früher als nötig ausgeführt oder neu hergestellt werden müssen. Nachdem jetzt der frühere Mangel an Arbeitskräften behoben ist, kann nur dringend empfohlen werden, alle bisher unterbliebenen Reparaturarbeiten schleunigst nachholen zu lassen.

